

# Probleme der KMU sind nicht gelöst

Die Geschäftsmieten-Vorlage der Regierung stösst fast reihum auf Kritik. Diese sei ein Murks und sei zu wenig grosszügig ausgestattet.

Hans-Martin Jermann

Wer trägt den wirtschaftlichen Schaden des Lockdown? Das ist eine umstrittene, noch immer ungelöste Frage – auf nationaler und kantonaler Ebene. Im Baselland sollen die Geschäftsmieten der Monate April bis Juni im Rahmen freiwilliger Vereinbarungen je zu einem Drittel vom Mieter, Vermieter und Kanton getragen werden. Die Regierung hat dazu – von einer Landratsmehrheit Mitte Mai beauftragt – gegen ihren Willen einen Vorschlag ausgearbeitet. Dieser stösst nun fast reihum auf Kritik.

Kritikpunkt eins: der Zeithorizont. «Viele Restaurants und andere KMU kämpfen ums Überleben. Für sie muss so rasch wie möglich eine Lösung bei den Geschäftsmieten her», sagt Fabienne Ballmer, Vizepräsidentin von Gastro Baselland. Die Vorlage tritt frühestens am 1. Oktober in Kraft – und dies nur, wenn es zu keiner Volksabstimmung kommt. Zu spät, findet Ballmer. Im Gegensatz zu den Notverordnungen, die von Regierung und Landrat innert Wochen durchgepaukt wurden und längst in Kraft sind, geht der Miet-Kompromiss den ordentlichen Prozess, der zu Normalzeiten gilt.

## «Probleme der KMU sind nicht gelöst»

Kritikpunkt zwei: Umfang und Bedingungen der Staatshilfe. Die Regierung will maximal 10 Millionen Franken zur Verfügung stellen. Profitieren können de facto nur wenige KMU; nämlich jene, die pro Monat eine Nettomiete zwischen 7500 und 9000 Franken berappen. Die Untergrenze von 7500 Franken ergibt sich daraus, dass die bereits gesprochene Soforthilfe zu



Im fast menschenleeren Liestaler Stedtl: Der Corona-Lockdown brachte viele Geschäftsmieter in Schwierigkeiten. Bild: Kenneth Nars (11. März)

100 Prozent an die Berechnung des Anspruchs bei den Geschäftsmieten angerechnet wird. Das sei unverständlich, kritisiert Ballmer. «Die Soforthilfe hat den Betrieben zwar sehr geholfen. Doch damit sind deren Probleme nicht gelöst.» Sie hatten neben den Mieten noch andere hohe Fixkosten zu bezahlen.

SP-Präsident Adil Koller hat im Landrat die Geschäftsmieten-Idee gemeinsam mit Christof Hiltmann (FDP) und Pascal Ryf (CVP) lanciert. Über das Ergebnis schüttelt er den Kopf: «Die Regierung hat den von uns zurechtgelegten Penalty verschossen. Das ist für Hunderte KMU im Kanton enttäuschend.» Tatsache ist aber auch: Baselland

hat – als einer von wenigen Kantonen – Soforthilfen an KMU zur Deckung von Fixkosten gesprochen. Bisher wurden 40 Millionen Franken ausbezahlt. Finanzdirektor Anton Lauber (CVP) verteidigt die in der Mietvorlage eingebauten Bedingungen. «Wir wollen damit vor allem Klein- und Kleinstbetriebe unterstützen.» Mit der Obergrenze von 9000 Franken seien über 90 Prozent der Baselbieter Geschäftsmieter abgedeckt.

Die Anrechnung der Soforthilfen soll verhindern, dass Betriebe doppelt profitieren. Laut einer Studie von Wüest+Partner bezahlt die Hälfte aller Geschäftsmieter weniger als 1500 Franken pro Monat. Mit der So-

forthilfe stünden den KMU aber 2500 Franken pro Monat, 7500 Franken in den drei Monaten, zur Verfügung. Das heisst, dass mit der Soforthilfe weit mehr als «nur» die Miete dieser Betriebe abgedeckt sei, betont Lauber.

Den Vorwurf, es dauere zu lange, weist Lauber als unverständlich zurück: «Die Zeit der Notverordnungen sind vorbei. Für die Regierung ist glasklar, dass wir die Geschäftsmieten in einem ordentlichen Verfahren regeln.» Immerhin habe man die Vernehmlassung stark – von drei Monaten auf fünf Wochen – verkürzt. Koller ist nicht überzeugt: Die Regierung habe die Notlage im Kanton wenige Tage vor Publikation der Vorlage auf-

gehoben. «Statt klar zu sagen, dass sie bei den Geschäftsmieten keine Lösung will, hat sie eine miserable Vorlage ausgearbeitet, die sie nun auch noch zeitlich verzögert.»

## Regierung will bloss die Kantonskasse schützen

Zu dieser Taktik gehört laut den Kritikern, dass der Baselbieter Drittel-Kompromiss laut Vorlage von einer Bundeslösung übersteuert wird, sollte Letztere tatsächlich kommen. In National- und Ständerat sind Motionen überwiesen worden, wonach die Vermieter auf 60 Prozent der ausstehenden Geschäftsmieten verzichten müssen; die Mieter bezahlen 40 Prozent. Andreas

«Es ist nicht so, dass Bundesrecht kantonale Lösungen zwingend übersteuert.»



Andreas Dürr  
FDP-Fraktionschef und Jurist

Dürr, FDP-Fraktionschef und Spezialist im Immobilienrecht, widerspricht: «Es ist überhaupt nicht so, dass Bundesrecht kantonale Lösungen zwingend übersteuert.» Vorliegend habe der Bund gar kein Interesse daran. Dürr vermutet, dass die Regierung diesen Passus eingebaut hat, um die Kantonskasse vor weiteren Ausgaben zu schützen.

Inhaltlich sei die auf freiwilligen Vereinbarungen beruhende Kantonslösung jener auf Bundesebene klar vorzuziehen, betont Dürr. Auch deshalb, weil damit sowohl Mieter als auch Vermieter besser fahren. Wie sich die FDP äussert wird, ist gleichwohl offen. Schliesslich seien Eingriffe in den freien Markt, die zudem mit Staatsausgaben verbunden seien, ordnungspolitisch heikel, sagt Dürr. Dennoch: Das Njet der Regierung wird im bürgerlichen Lager längst nicht von allen geteilt. Rot-Grün steht geschlossen hinter dem Mietkompromiss. Das wird ein spannendes Tauziehen nach den Sommerferien.

# Satelliten überwachen unseren Wald

Unseren Wäldern geht es besser als im Trockensommer 2019. Dies zeigen neue Messungen.

Die Methode ist hochkomplex. Die Lesung der Daten wirkt aber auch für Laien verständlich. Mit Satellitenbildern wird der Zustand des Waldes dargestellt und so objektiviert. Seit einem halben Jahr nutzen das Amt für Wald beider Basel und die lokalen Forstreviere die Daten, um den Zustand der Wälder genau zu beobachten und Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Das Potenzial dieser Daten sei immens, schwärmt Ueli Meier, Leiter des Amtes für Wald beider Basel. «Die Datenmengen daraus sind wirklich riesig. Ebenso die dadurch möglichen Erkenntnisse, die daraus gewonnen werden können.» Man sei aber erst am Experimentieren. «Wir müssen nun eine Routine entwickeln, was damit nützlich und notwendig und was nicht machbar ist.»

Die Aufnahmen zeigen das Vorhandensein der Fotosynthese und so die Vitalität der Wälder. Je dunkelblauer die Wälder dargestellt sind, umso vitaler sind sie. Ist kein Blau mehr vor-

handen – wie auf den Bildern vom August 2019 –, geht es den Wäldern schlecht. Der Zustand der regionalen Wälder ist heute besser als noch vor einem Jahr. Grund zur Entwarnung sei dies aber noch keinesfalls, betont Regierungsrat Thomas Weber (SVP). Denn die Schäden aus dem trockenen Sommer 2018 zeigen sich zwei bis drei Jahre danach.

## Kanton soll sich an Kosten beteiligen

Noch vor wenigen Wochen in den trockenen Monaten März und April ging Ueli Meier davon aus, dass dies eine Krisen-Pressekonzferenz werden könnte, da die Trockenheit in den Wäldern für diesen Zeitpunkt im Jahr schon dramatische Ausmasse angenommen hatte. Die Lage habe sich aber etwas entspannt, erklärt Thomas Weber. «Der Zustand ist nicht mehr alarmierend. Doch Unsicherheiten und Wissenslücken bleiben.» Der Zustand des Waldes sei noch im-

mer labil und könne jederzeit wieder kippen. «Eine oder zwei Wochen Trockenheit reichen und dann sieht alles wieder anders aus», stellt Ueli Meier klar.

Die Forstreviere sind aktuell daran, die akuten Schäden der Hitzeperioden zu beheben und die Wälder langfristig robuster gegen Trockenheit und steigende Temperaturen zu machen. Das kostet Geld, wie das Beispiel vom Forstrevier Schauenburg in Muttenz, Pratteln und Frenkendorf zeigt. Beim Adlerhof oberhalb von Frenkendorf sind die verschiedenen Methoden, wie diese Veränderung des Waldes vorzustandengehen kann, sichtbar. Die von Hand vorgenommene Rodung und Bepflanzung von klimarobusten Jungbäumen sei dabei effektiver als die natürliche Verjüngung, erklärt Prattelns Bürgerpräsidentin Verena Walpen-Wolf. Seit 2012 hat die Bürgergemeinde Pratteln auf acht ihrer insgesamt 220 Hektaren Waldfläche 5000 neue Bäume gepflanzt und da-

für 180 000 Franken ausgegeben. «Würden wir die Hälfte unserer gesamten Waldfläche gezielt mit klimaresistenten Pflanzen ersetzen, würde das uns acht Millionen Franken kosten», rechnet Walpen-Wolf vor. Die Bürgergemeinden und mit ihnen auch die Einwohnergemeinden verlangen schon länger, dass sich der Kanton stärker an den steigenden Kosten für die Arbeiten im Wald beteiligt.

Das soll auch passieren. Heute bestimmt der Baselbieter Landrat über eine entsprechende Vorlage. Vier Millionen Franken soll der Kanton in den kommenden vier Jahren zusätzlich zur Waldpflege beisteuern. In der zuständigen Kommission war die Vorlage unbestritten. Prattelns Gemeindepräsident und Landrat Stephan Burgunder (FDP) und auch Regierungsrat Thomas Weber gehen davon aus, dass auch das Votum des Landrats klar sein wird.

Tobias Gfeller

# 19 Gebergemeinden kommen für den Finanzausgleich auf

**Finanzen** Im Baselland zahlen in diesem Jahr 19 Gemeinden 66 Millionen Franken in den kantonalen Finanzausgleich ein. 67 der insgesamt 86 Gemeinden erhalten dagegen Ausgleichszahlungen von rund 72 Millionen Franken. Die Differenz von 6 Millionen Franken wird durch den Ausgleichsfonds beglichen. Bei den Gebergemeinden handelt es sich um die 19 Kommunen, deren Steuerkraft über dem Ausgleichsniveau von 2650 Franken liegt, wie die Baselbieter Regierung am Mittwoch mitteilt. 67 Gemeinden befinden sich mit ihrer Steuerkraft unterhalb des Ausgleichsniveaus.

In diesen 67 Gemeinden liegt die Differenz zwischen dem Ausgleichsniveau und den jeweiligen Steuerkräften bei insgesamt 73,5 Millionen Franken, heisst es weiter. Da die Differenz zwischen den Zahlungen von Gebergemeinden und den Zahlungen an die Empfängergemeinden gemäss Finanzausgleichsgesetz limitiert ist, wird den 67 Gemeinden der Ressour-

cenausgleich um 9,22 Franken pro Einwohner gekürzt. Dadurch wird die Zahlung an die Empfängergemeinden um insgesamt 1,3 Millionen Franken reduziert, weshalb sie 72,2 Millionen Franken erhalten. Der Kanton leistet zudem Lastenabgeltungen in der Höhe von 22,7 Millionen Franken. Unterstützt werden mit diesem Geld Gemeinden mit überdurchschnittlichen Lasten in den Bereichen Bildung, Sozialhilfe und Nicht-Siedlungsfläche.

Zudem erhalten 8 Gemeinden, deren Sozialhilfequote gemäss Mitteilung mehr als 130 Prozent des kantonalen Durchschnitts beträgt, einen Solidaritätsbeitrag. Finanziert wird dieser Beitrag durch alle Gemeinden mit 10 Franken pro Einwohner. Mit einem Lastenausgleichsbeitrag von 14,6 Millionen Franken liegt Binningen bei den Gebergemeinden an der Spitze. Bei den Nehmergemeinden belegt Birsfelden mit einem Beitrag von 7 Millionen Franken den Spitzenplatz. (sda)